



Lokaler Aktionsplan

*des Landkreises Ostprignitz – Ruppin
zur Zurückdrängung von Rechtsextremismus,
Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus*

*auf der Grundlage der Entwicklung von Vielfalt, Tole-
ranz und Demokratie unter
Verknüpfung der lokalen Konzepte
und Ressourcen*

1. Einführung

Der Landkreis Ostprignitz – Ruppin unternimmt hiermit erstmals den Versuch, eine langfristige Strategie zur wirkungsvollen Reduktion von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu installieren. Ziel ist es, die Vorzüge des demokratischen Gemeinwesens stärker zu entfalten.

Im bundesweiten Vergleich weist Brandenburg – wie alle ostdeutschen Bundesländer – ein überdurchschnittliches Potential an rechtsextremen Einstellungen, offensichtlich quer durch alle Altersgruppen auf.¹ Deshalb stehen überall im Land Brandenburg, wie auch in Ostprignitz – Ruppin, die demokratischen Kräfte, ja alle engagierten Bürger seit langem vor der schwierigen Aufgabe, sich mit diesem Phänomen auseinander zu setzen. Hier wird nicht bei Null begonnen, fühlten sich Verantwortliche von Landkreis und Kommunen, Akteure der Zivilgesellschaft sowie viele Bürger bereits seit langem in der historischen Tradition eines toleranten Brandenburg.

Am 2. November 2004 beschäftigte sich der erste Präventionstag des Landkreises mit „Neuen Erscheinungsformen und Strategien der Rechtsextremen und Auswirkungen auf die Kommunalpolitik.“ In seinem Resümee konstatierte der Leiter des Mobilien Beratungsteams Tolerantes Brandenburg für Teile der Bevölkerung im Landkreis ein zumindest gespaltenes Verhältnis zu den demokratischen Grundlagen unseres Landes.²

Bereits damals wurde klar, den Anstrengungen wird nur Erfolg beschieden sein, wenn sich gleichermaßen demokratische Vielfalt entwickelt und die bereits erwähnte Toleranz ein akzeptierter und gelebter menschlicher Charakterzug ist. Denn wie Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus formulierte „sind es die individuellen Träume, die zum kollektiven Traum führen. Und nicht umgekehrt.“

In der folgenden Situationsbeschreibung war es nicht möglich, die ganze Vielfalt bereits vorhandener zivilgesellschaftlicher Initiativen und bürgerschaftlichen Engagements in vollständiger Breite darzustellen. Stellvertretend legt dafür das bereits in den 90er Jahren gegründete Wittstocker Aktionsbündnis beredtes Zeugnis ab.

Obwohl die Stadt Wittstock in den vergangenen Jahren mehrfach von rechtsextremen Aufzügen „heimgesucht“ wurde, schaffte es das Bürgerbündnis unter anderem immer wieder mit sehr viel Findigkeit, viele Wittstocker für Gegenaktionen zu gewinnen. Diese zeigten, dass der Landkreis in der Lage ist, Nichtdemokraten im Rahmen des demokratischen Konsens entgegenzutreten.

Auch in Neuruppin fand vor kurzem am Weltfriedenstag eine erfolgreiche Gegendemonstration gegen einen angemeldeten Aufzug Rechtsextremer unter dem Motto statt: „Frieden ist niemals braun. Neuruppin bleibt bunt.“

Auch die Brandenburgische Polizei, in der Struktur des Schutzbereiches Ostprignitz-Ruppin, hat in den vergangenen Jahren im Landkreis gemeinsam mit der Justiz, teilweise bis an die Grenze des Leistbaren, erhebliche Anstrengungen unternommen, ihre Taktik immer weiter verfeinert, um dem Phänomen des Rechtsextremismus mit polizeilichen Methoden zu begegnen.

In den vergangenen Monaten befasste sich der Kreistag zweimal mit dem Thema Rechtsextremismus. Sehr klar arbeiteten die Abgeordneten heraus: Transparenz und eine für den Bürger nachvollziehbare Kreistagsarbeit stärken wesentlich die Demokratie.

Seit längerem ist wissenschaftlich nachgewiesen: „Die Anfälligkeit der Individuen für Rechtsextremismus hängt weniger davon ab, wie problematisch ihre (tatsächliche beziehungsweise wahrgenommene) soziale Lage ist, sondern vor allem davon, wie sie die daraus resultierenden Probleme verarbeiten.“³ Und daraus ergibt sich dann zwangsläufig die Folge, dass gerade junge Menschen Fähigkeiten benötigen, mit solchen Problemen umzugehen. Schutzfaktoren müssen bei ihnen möglichst frühzeitig gestärkt werden. Sie benötigen unter anderem Fähigkeiten zur Empathie, Perspektivenübernahme und differenzierte Werkzeuge zur Konfliktbewältigung.

Mit dem zweiten Präventionstag im November 2005 wurde die Umsetzung der ganzheitlichen Landkreisstrategie für die Entwicklung eines demokratischen Klimas gegen Gewalt, Mobbing, Bullying, und Fremdenfeindlichkeit an Kindergarten und Schule gestartet. Es wurden, und das ist neu, ausdrücklich Programme als Grundlage anvisiert, deren kriminalpräventive Wirkung messbar, bzw. deren Wirksamkeit bereits evaluiert, also nachgewiesen ist. Für den Bereich der Schulen wird das Mehrebenen-Konzept des Norwegischen Psychologen Dan OLWEUS (Antibullying) als Grundlage genutzt, das von der Wissenschaft bisher mit Abstand am positivsten beurteilt wird. Auf dessen Grundlage wird die Organisationsentwicklung an den Schulen des Landkreises zur Gewaltprävention vorangebracht.

Mit diesem Gesamtprogramm ist Ostprignitz- Ruppin als Pilotlandkreis für das Land Brandenburg, wiederum wie schon mit dem ersten Präventionstag Schrittmacher.

Auch bei diesem strategischen Ansatz kam es von Anfang an darauf an, dass sich bisherige präventive Anstrengungen von Landkreis, Kommunen und der Schulen, z.B. zur Installation von Mediation, mit dem Programm verknüpfen ließen. Denn den Erfolg wird am Ende mit bestimmen, dass Angebote von Freien Trägern und Initiativen, z.B. zur flankierenden Entwicklung von Zivilcourage, bereit gestellt werden, letztlich die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Ressourcen unseres Landkreises das Vorhaben mit tragen. So wird ein Projekt von ESTA e.V. zur frühkindlichen Stärkung gegen sexuellen Missbrauch an das Kindergartenprogramm angefügt werden.

Das gilt auch für die langfristige Gesamtstrategie des Landkreises gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, für die Ausfüllung nachstehender Leitziele und Handlungsfelder. Diese ist als integrierte und integrierende Strategie angelegt. Ohne Zweifel wird ein Mehr an Vielfalt dem Landkreis Ostprignitz – Ruppin gut tun. Dabei sollen die Angebote von Bürgern, Initiativen, Trägern u.a. im Rahmen der Strategie verknüpft werden. Nur eine wirkliche und ehrlich gemeinte gesamtgesellschaftliche Verantwortungswahrnehmung wird uns voranbringen.

Werden weitere Module für bereits bestehende strategische Ansätze oder einzelne Projekte, die für sich stehen können, entwickelt, müssen die angestrebten Wirkungen im Rahmen der Ziele des lokalen Aktionsplanes liegen und realistisch sein. Alle Vorhaben sollen gleichfalls zu einer messbar nachhaltigen Veränderung der Situation in unserem Landkreis beitragen.

Kommunale Planungen, wie sie beispielsweise in Rheinsberg im Rahmen der Arbeit des Präventionsrates und auf einer von der Friedrich – Ebert – Stiftung organisierten Zukunftskonferenz im Herbst 2006 erarbeitet wurden, sollen passgenau die Vorstellungen des Lokalen Aktionsplanes ergänzen. Dieser wiederum muss territoriale Schwerpunkte in den Kommunen, wie beispielsweise in Wittstock, berücksichtigen. Denn was in einer Kommune stattfindet, findet auch im Landkreis statt. Dass dieses Bewusstsein Raum greift, zeigte sich sehr gut an der Teilnahme von Bürgern aus dem ganzen Landkreis bei der spontan organisierten Veranstaltung zum Weltfriedenstag in Neuruppin.

Unter diesen praktischen Erwägungen kann ein Ämter- oder kommunales Präventionsnetzwerk entscheidende Impulse setzen. Abstimmungen, Kooperationen und Verknüpfungen von Vorhaben bringen nicht nur Vorteile bei der Zurückdrängung des Rechtsextremismus sondern sind eine Voraussetzung vernünftiger Präventionsarbeit.

Da ein ganzheitliches Vorhaben am Ende gut tut, war Anlass für den Landkreis, sich erfolgreich für die Förderung seiner Strategie durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu bewerben.

Die Arbeit mit Unterstützung des Bundesprogramms „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ wird eine echte Herausforderung.

Die Strategie ist nicht fertig. Sie kann und will es auch gar nicht sein. So ist eine breitere Beteiligung am Informationsaufkommen künftig wünschenswert und notwendig, um neben den „harten“ registrierten Daten mit weiteren vielfältigen Wahrnehmungen der Bürgerinnen und Bürger, der Politikerinnen und Politiker, die Situationsanalyse im nächsten Jahr fortschreiben zu können. Nur eine ehrliche Darstellung der Situation lässt uns die notwendigen Ansätze für Veränderungen finden. Das gilt insbesondere auch für die beschriebenen Handlungsfelder. Die Situation im Landkreis wird sich verändern. Dieser Prozess wird durch die im Aktionsplan beschriebenen Anstrengungen beeinflusst oder aufgrund natürlicher Veränderungen gestaltet. Große und kleine Erfolge zuweilen auch Misserfolge werden sich auf diesem Weg einstellen. Das gemeinsame koordinierte Vorgehen muss kontinuierlich den aktuellen Erfordernissen angepasst werden.

Dieser lernende Prozess wird für die vom Kreistag berufenen Beiratsmitglieder ebenso spannend sein, wie für die Koordinierungsstelle, die MitarbeiterInnen von Verwaltungen, KirchenvertreterInnen, Initiativen der Zivilgesellschaft und Freie Träger, für PolizistInnen, Gläubige und Atheisten, PolitikerInnen, LehrerInnen, BürgerInnen aus dem Ausland, TouristInnen und Einheimische, Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder.

2. Ziele des Lokalen Aktionsplans

Die Vielfalt an Ressourcen zur Veränderung der Situation im Landkreis hinsichtlich des Phänomens Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist enorm. Es wird darauf ankommen, wie bereits auf den Weg gebrachte gute Konzepte ergänzt und erweitert werden. Ebenso gilt es, tatsächlich Neues zu finden, vielleicht auszuprobieren, um dann auch für alle Kommunen im Landkreis wirksam werden zu lassen.

Dieser lokale Aktionsplan des Landkreises Ostprignitz-Ruppin ist ein integrierendes Konzept, welches Bausteine und auch viele bunte Ideen nach und nach zu einem Ganzen fügen wird. Durch ihre Ideen und das Handeln der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises selbst wird sich diese Strategie entwickeln.

Leitziel 1

- Kinder und Jugendliche orientieren sich an demokratischen Regeln und lehnen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt ab

Mittlerziele

- Die Familien erfahren Unterstützung bei der Werteerziehung und der Entwicklung eigener sozialer Kompetenzen im Rahmen ihrer Erziehungspflichten, um die Kindesentwicklung zu verbessern. Dabei werden vor allem innovative, Erfolg versprechende Zugänge zu den Familien berücksichtigt, um Stigmatisierungen der Zielgruppe zu vermeiden. Niedrigschwellige Familienbildung ist eine Querschnittsaufgabe für das Handeln der gesamten Verwaltung des Landkreises und der Kommunen.
- Kindergarten, Elternhaus und Schule arbeiten zusammen.
- An den Schulen wird handlungssicher auf Gewalt jeder Art reagiert, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit sind deutlich reduziert und das Lernklima ist verbessert.
- In der Schule existieren demokratische Teilhabe und Mitbestimmung für die SchülerInnen.
- Die Schulen arbeiten mit allen außerschulischen Partnern zusammen und öffnen sich rechtzeitig für eine Unterstützung.
- Politische Gremien sind sensibilisiert für die Anliegen der Jugend.
- Die Bürger erkennen, welche rechtsextremistischen Organisationen sich hinter bestimmten Angeboten verbergen.

Handlungsziele

- Der Landkreis forciert sein ganzheitliches Konzept gegen Gewalt, Mobbing, Bullying und Fremdenfeindlichkeit an Schulen und Kindergärten. (für die Schulen dient als Grundlage das Mehrebenenprogramm von Olweus) Die bereits jetzt teilnehmenden Einrichtungen werden bei der Qualitätssicherung unterstützt. Das Prozesshandbuch zur Unterstützung der Leiter der Einrichtungen wird vom Prozessteam zügig erarbeitet.
Einzelne schulische Präventionsansätze und ergänzende Angebote werden dazu verknüpft.
- ErzieherInnen werden mit weiterentwickelten pädagogischen Konzepten fortgebildet.
- Elternarbeit und Familienbildung setzen frühzeitig vor der Elternschaft ein.
(siehe auch Familienentwicklungsplanung des Landkreises)
- Lehrer und Ausbilder sind im Stande, Inhalte wie interkulturelles Lernen und globales Denken zu vermitteln sowie insbesondere Fähigkeiten zu zivilcouragiertem Handeln bei Kindern und Jugendlichen zu entwickeln.
- Schule und außerschulische Jugendarbeit informieren sich gegenseitig über Problemfelder und unterstützen sich gegenseitig bei ihren Aktivitäten.
- Lehrkräfte und AusbilderInnen sind im offenen Umgang mit dem Thema Rechtsradikalismus handlungssicher.
- Politische und kulturelle Bildung offerieren bedarfs- und jugendgerechte sowie interkulturelle Konzepte, die den Umgang des Einzelnen mit Rechtsextremismus, das geschichtliche Bewusstsein und die gewaltfreie Kultur bei den Jugendlichen stärken.
- In den Schulen werden Lernanlässe zu den Themen Vielfalt und Differenz, nicht nur mit Menschen anderer Herkunft, ermöglicht.
- Interkulturelle Begegnung in Form von Schüleraustausch/Auslandsreisen und Begegnung zwischen den Generationen (Feste, Veranstaltungen) werden in Schule und Freizeit (Feuerwehren, Vereine, Jugendclubs) organisiert.
- Rechtsextrem gefährdete Jugendliche werden in qualifizierte Projekte reintegriert. Generell wird die aufsuchende Jugendarbeit, beispielsweise durch speziell für das Klientel fortgebildete Streetworker, verstärkt.
- Flächendeckende Fallkonferenzen im Landkreis für Familien und einzelne Kinder und Jugendliche finden die richtigen Lösungen.

Leitziel 2

- Die Bürger lehnen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus ab. Sie wissen um die Bedeutung von Migration und Tourismus als Wirtschaftsfaktoren. Vielfalt, Toleranz, Zivilcourage und andere demokratische Handlungsmuster sind für das gesellschaftliche Leben im Landkreis unverzichtbar.

Mittlerziele

- Bürger und Kommunen sind handlungssicher im Umgang mit Ereignissen bzw. Aktionen mit rechtsradikalem Hintergrund oder rechtsextremistischen Zielen.
- Behörden und Ämter haben eine Vorbildfunktion und tragen die Entwicklung der Strategie mit. Sie entwickeln die interkulturellen Kompetenzen ihrer MitarbeiterInnen.
- Institutionen, Behörden, Krankenhäuser und Tourismusverbände sind auf Anliegen und Bedürfnisse der MigrantInnen und Gäste gut vorbereitet.
- Interkulturelles Leben und interkulturelle Begegnung sind Alltag im Landkreis.

Handlungsziele

- Die Sicht der Opfer von rechtsradikalen Übergriffen findet durch Veranstaltungen und Presse Eingang in die Öffentlichkeit.
- AsylbewerberInnen und MigrantInnen informieren über ihr Leben im Landkreis.
- Aufklärung über den Status der MigrantInnen und AsylbewerberInnen schafft bei den MigrantInnen selbst und in der Bevölkerung Rechtssicherheit und Akzeptanz.
- Die Menschen werden über Beeinträchtigungen im Tourismus und in der Wirtschaftsentwicklung durch Fremdenfeindlichkeit aufgeklärt.
- Installation von dauerhaften interkulturellen Treffs mit Angeboten für unterschiedliche Kulturen, ohne auszugrenzen, die von den BürgerInnen des Landkreises angenommen werden. Die Angebote sind ständiger Teil des gesellschaftlichen Lebens im Landkreis.
- Landkreis und Kommunen sind im Umgang mit rechtsradikalen Versammlungen handlungssicher. Es ist ein demokratisches Repertoire an Reaktionen auf politische Provokationen vorhanden.
- Sprachkurse für MigrantInnen

Nun kommt es darauf an, gemäß den Leitlinien die Handlungsfelder mit Leben zu erfüllen. Dabei werden bestehende Programme ergänzt. Dieser Aktionsplan bietet aber auch einen breiten Raum für vielfältige und notwendige neuartige Ansätze.

Neuruppin, den 4.12.2007

Anlage

Situationsanalyse

Der Landkreis reagierte auf das neue Programm des BMFSFJ im Dezember 2006 mit der Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren. Hierzu wurden die Probleme des Landkreises aufgelistet und erste Lösungsansätze skizziert. Ostprignitz-Ruppin erhielt daraufhin den vorläufigen Zuschlag für das Hauptverfahren. Im Juni 2007 führte der Landkreis eine Regionalkonferenz mit allen wichtigen Akteuren durch, um möglichst basisnah Probleme und Handlungsansätze zu beschreiben. Darüber hinaus wurden Experteninterviews mit allgemeiner Verwaltung und Polizei durchgeführt und Fragebögen an alle Schulen und Gemeinden des Landkreises versandt. Weiterhin sind bisherige Analysen der Landkreisverwaltung und der Polizei eingeflossen.

Um ein möglichst umfassendes und sozialraumorientiertes Lagebild zu bekommen, sollte eine weitaus breitere Beteiligung an der Fortschreibung der Situationsanalyse 2007 erzielt werden.

2. 1 Region Ostprignitz-Ruppin

Soziale Situation im Landkreis

Die vergangenen Jahre waren durch gesellschaftliche und soziale Umbrüche gekennzeichnet. Die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt, hohe Langzeitarbeitslosigkeit und sinkende Familieneinkommen haben zur Folge, dass der Druck auf die Familien und Kinder und Jugendliche wächst. Viele Kinder erfahren früh verbale und physische Gewalt.

Viele Erwachsene sind mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert: Die Zahl der Eltern, die Hilfen zur Erziehung benötigen bzw. der Familien, in denen Tendenzen zur Verwahrlosung offenbar werden, steigt stetig an. Gleichzeitig müssen die Kommunen trotz der angespannten Haushaltslage die Mehrkosten bei der Jugendhilfe schultern.⁴

Das Gefühl der Stigmatisierung lässt Familien bei der Annahme von Hilfe zögern. Demokratische Beteiligung ist für viele Familien wenig attraktiv, da sie damit für sich keine Vorteile verbinden. In Familien gibt es auch benachteiligte Kinder, die als Jugendliche empfänglich sind für rechtsextreme Beeinflussung.

In vielen Familien wird ein immer brüchiger werdendes Wertesystem von verunsicherten Erwachsenen an die Kinder weitergegeben. Demokratie und Geschichtsbewusstsein haben im Weltbild vieler Erwachsener nur einen geringen Stellenwert, der Sinn im Leben fehlt. Es offenbart sich ein großer Mangel an Werten, Geborgenheitsgefühl und Lebensorientierungen. Den Jugendlichen fehlen damit dringend benötigte Orientierungen und Erwachsene, die Vorbilder sind. Hier springen rechtsextreme Szenen und Gruppen für Jugendliche ein.

Angebote Kultur, Freizeit

Das Angebot für Freizeitaktivitäten Jugendlicher wird von den Jugendclubs dominiert, die überwiegend kommunal organisiert sind. Die Jugendclubs werden in aller Regel von Sozialarbeitern aus dem 610 - Stellen -Programm (Personalkostenförderprogramm) betreut, einem Programm, das sowohl vom Kreis als auch vom Land finanziell getragen wird. OPR hat insgesamt 25 Stellen. Darüber hinaus werden für den kontinuierlichen Betrieb von Jugendclubs MAE - Kräfte eingesetzt. Von großer Bedeutung sind die Sportvereine und die Freiwilligen Feuerwehren in der Region. Viele Kinder und Jugendliche sind darin organisiert, doch andere wieder eher aus sozial schwachen Familien bleiben in der Freizeit für die Jugendfreizeitarbeit nicht erreichbar.

Bei ihnen überlagern sich mehrere, problemverschärfende Entwicklungstendenzen:

a) Kinder und Jugendliche spüren den Druck und die Probleme im Elternhaus, suchen und finden keine geeigneten Freizeitangebote, die hier Unterstützung und Alternativen eröffnen. Exzessiver Alkoholgenuss (auch die Nutzung anderer Drogen) ist eine der Folgen. Alkohol wiederum lässt Hemmschwellen sinken.

b) Es gibt nur wenige Wege der Teilhabe Jugendlicher an demokratischen Prozessen. Dies hat nicht zuletzt auch zur Folge, dass sich bei vielen Jugendlichen eine „Versorgungshaltung“ verfestigt hat und wenig Bereitschaft zu eigenen Aktivitäten besteht.

c) Fremdenfeindlichkeit findet sich in dieser Zielgruppe häufiger.

Die vorhandenen Angebote der Jugendarbeit können – insbesondere in den ländlichen Räumen, in denen auch große Entfernungen zu überwinden sind – kein ausreichendes Angebot aufsuchender Arbeit machen; für mehr aktive Beteiligung Jugendlicher in den Gemeinwesen fehlen unterstützende Erwachsene.

Immer wieder bestätigen Übergriffe und rechtsextreme „Vorfälle“ dieses Bild; rechtsextreme Gruppen versuchen Jugendräume als Treffpunkt zu nutzen oder um Nachwuchs zu rekrutieren.

Wirtschaftliche Lage

Wird bei der Fortschreibung berücksichtigt.

Tourismus

Der Tourismus ist inzwischen eine nicht unbeträchtliche wirtschaftliche Einnahmequelle geworden. Die Zahl der Übernachtungen im LK steigt kontinuierlich an, damit auch die Zahl der in – und ausländischen Gäste, die sich auf eine gastfreundliche Region freuen.

Zahlen in Tausend (Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg)

2004 639,9

2005 779,1

2006 787,2

Im Gegensatz zu Rheinsberg, Neuruppin und Lindow, Orten in seenreichen Gegenden, profitieren andere Orte wie Fehrbellin, Wittstock und Walsleben aber kaum vom steigenden Tourismus.

Die touristischen Zentren lassen sich in erster Linie im Ruppiner Land lokalisieren, einer wald- und seenreichen Region mit Hotels, Restaurants und Campingplätzen.

Der Zusammenhang des Rechtstextremismus zum Tourismus im Landkreis wird im Rahmen der Fortschreibung des LAP ausgestaltet.

Demographische Entwicklung

Auch im Landkreis Ostprignitz-Ruppin ist aufgrund der demografischen Situation mit einem deutlichen Bevölkerungsrückgang zu rechnen.

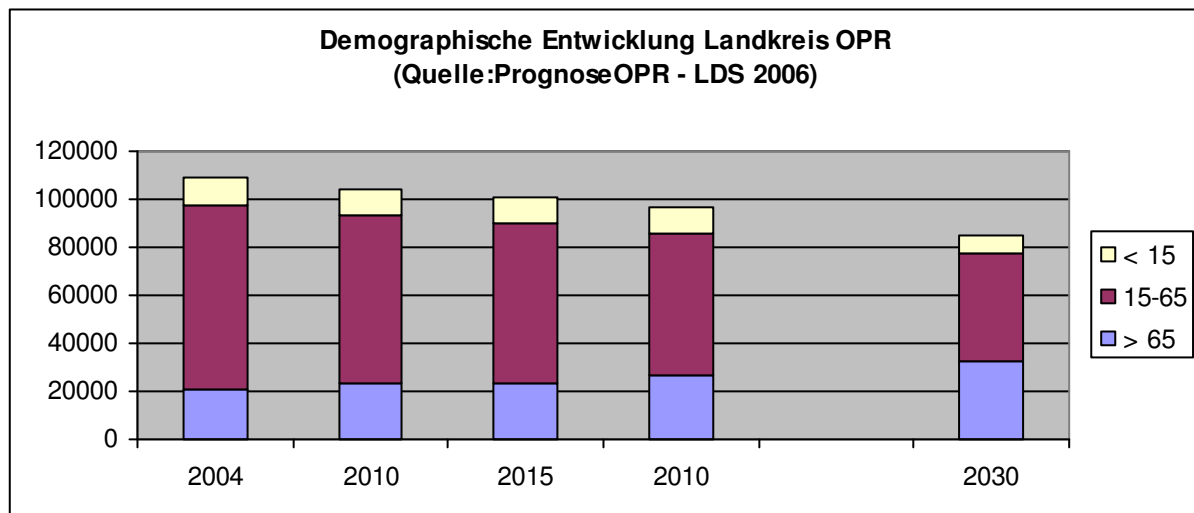
Nachfolgende Tabelle gibt die Zahlen der Prognose des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) und des Landesamtes für Bauen und Verkehr von 2006 wieder.

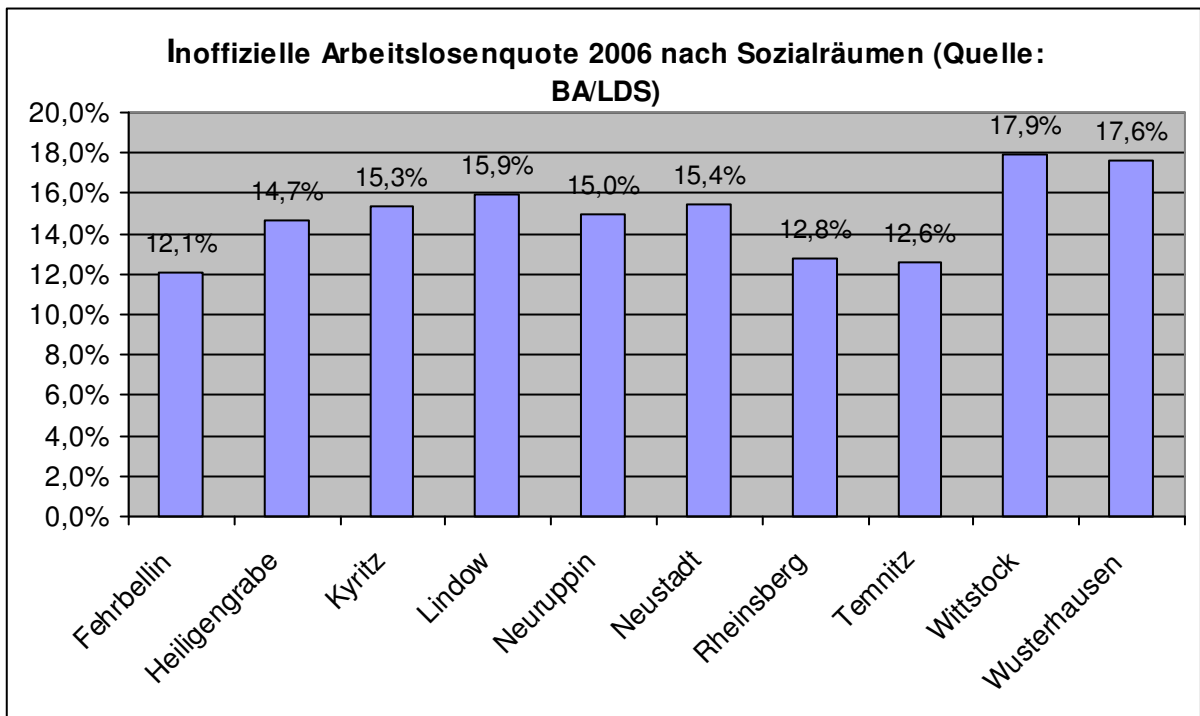
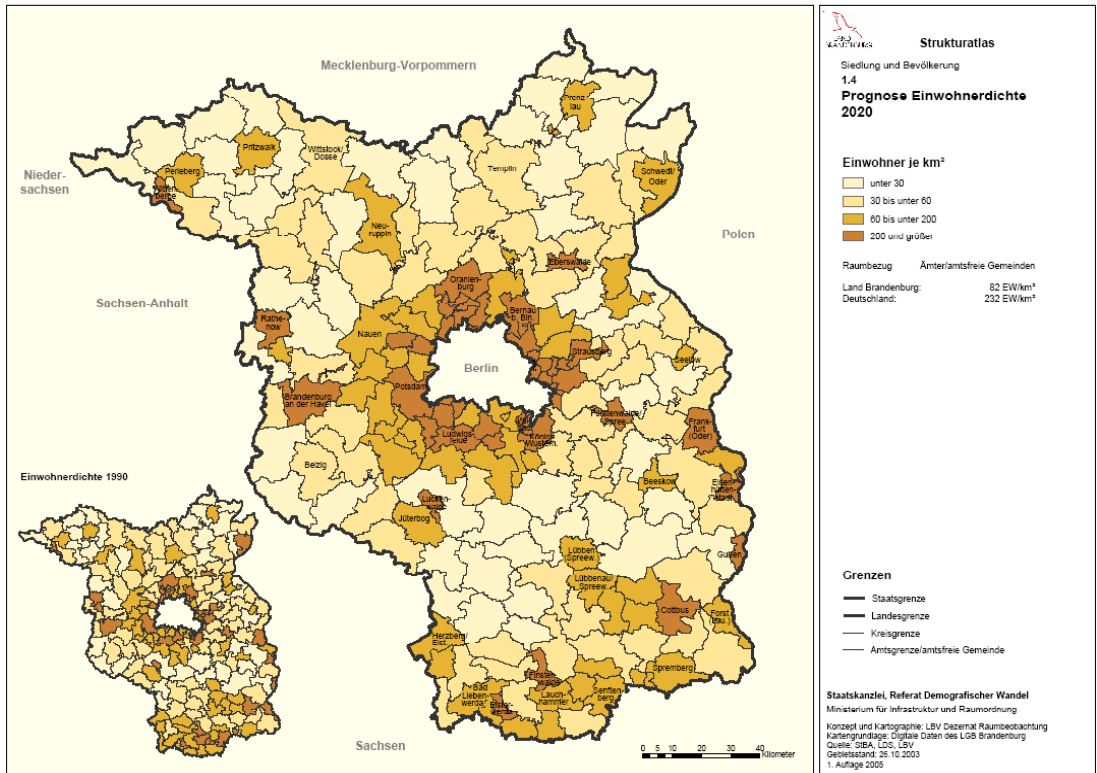
Die Auswirkungen auf die Bevölkerungsdichte sind gleichfalls dargestellt. In 2 Sozialräumen sinken diese Werte bis 2030 unter 30 Einwohner pro Quadratkilometer.

Der ohnehin dünn besiedelte ländliche Raum wird in Zukunft von noch weniger Menschen bewohnt werden.

Der Trend zur Abwanderung, vor allem junger Frauen, hält unvermindert an. Gleichzeitig sind in den letzten Jahren die Geburtenraten drastisch gesunken. Das wird voraussichtlich dazu führen, dass die Zahl der Einwohner bis zum Jahre 2030 um 21,9 % sinken wird, das Durchschnittsalter wird von 43,1 Jahren auf 52,9 Jahren steigen. Die Zahl der 19-25 jährigen in Ostprignitz-Ruppin wird bis zum Jahr 2015 von 8890 auf 3440 zurückgehen (Berechnungen: Ministerium Brandenburg, Abteilung Stadtentwicklung und Wohnen)

Jahr	Bevölkerung	Bevölkerungsdichte (EW/km ²)	Bemerkung
2006	106.830	42,6	Per 31.12.2006
2010	104.200	41,5	LDS - Prognose
2020	96.400	38,4	LDS - Prognose
2030	85.100	33,9	LDS - Prognose



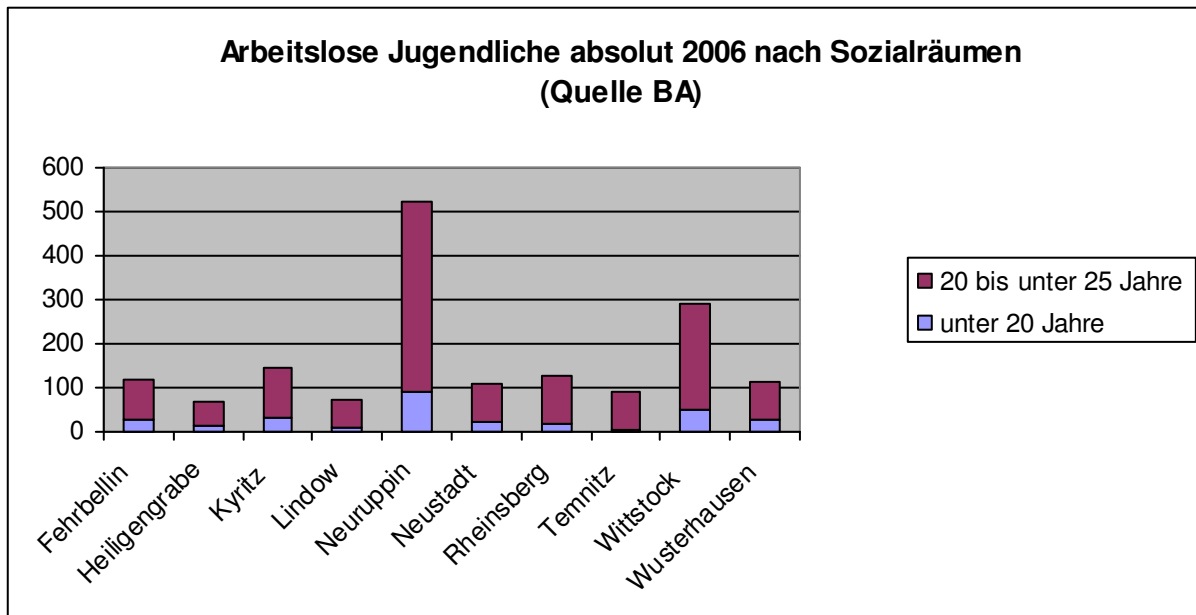


Arbeitslosigkeit

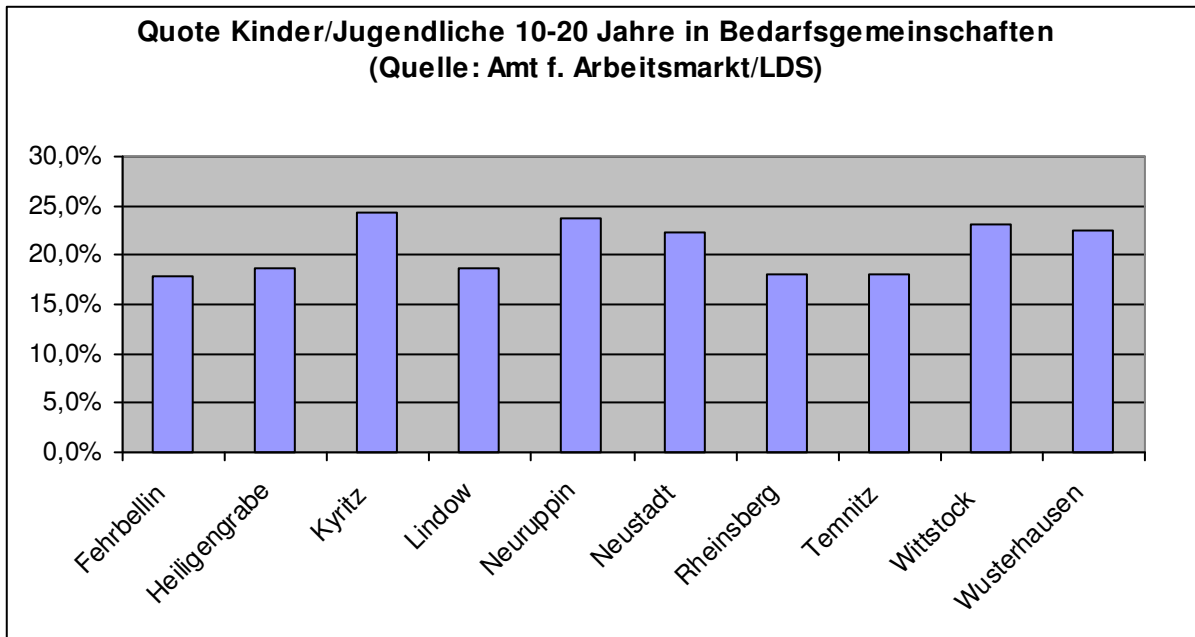
Die Arbeitslosenquoten (Arbeitslose pro zivile Erwerbspersonen) werden monatlich von der BA veröffentlicht. Diese Angaben werden auf einzelne Stadt, Ämter und Gemeinden aufgeschlüsselt. Auf Grundlage der absoluten Zahlen ist nachfolgend die Inoffizielle Arbeitslosenquote des Jahres 2006 nach Sozialräumen berechnet. Sie gibt die Anzahl der Arbeitslosen im Verhältnis zur Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65-Jährige) wieder.

Auffällig sind höhere Werte in Wittstock und auch in Wusterhausen gegenüber dem Durchschnitt des Landkreises OPR.

Der Landkreis hatte 2006 durchschnittlich 1.611 arbeitslose Jugendliche. In Neuruppin und Wittstock davon ca. 50%.



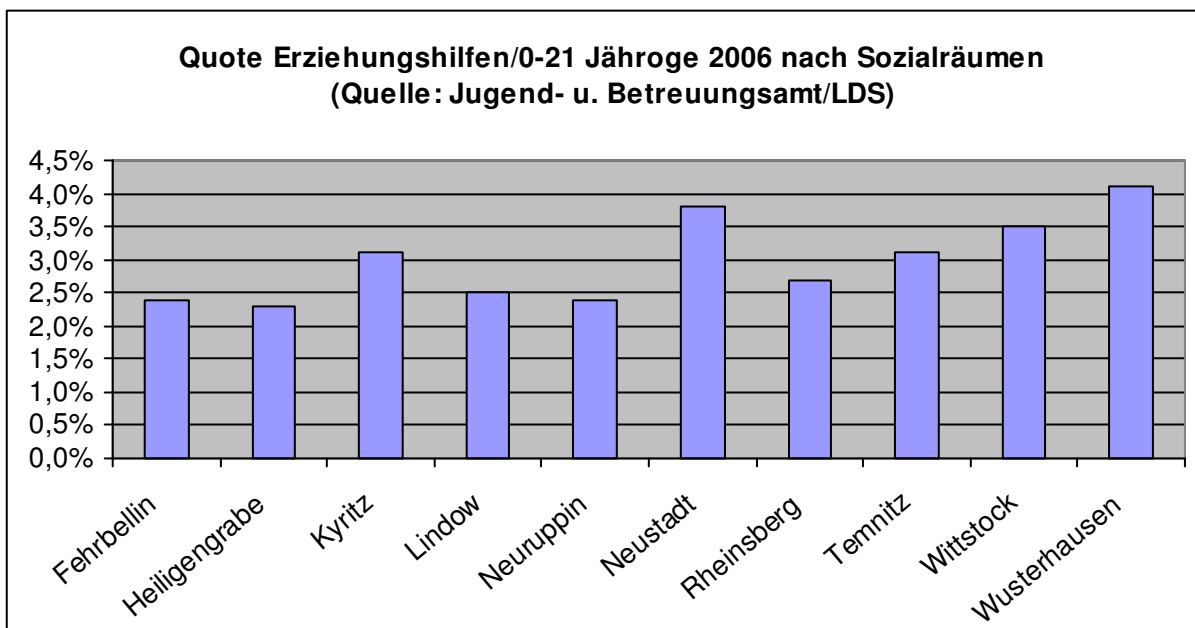
Bei Arbeitslosengeld II ist ein besonders großer Anteil von Kindern und Jugendlichen (10 bis 20 Jahre) als Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften zu erkennen. In einigen Sozialräumen lebt fast jeder 5. im genannten Alter von ALG II.



Hilfen nach dem Jugendhilfegesetz (SGB VIII)

Das Jugend- und Betreuungsamt leistet und vermittelt nach o. g. Gesetz Hilfen zur Erziehung. Darunter Beratung, Familienhilfen und auch Erziehung in Pflegefamilien und Heimen.

Die Quote aller Hilfen pro Sozialraum zu den betreffenden Altersjahrgängen zeigt nachfolgendes Diagramm. Über dem Durchschnitt liegen dabei Neustadt, Wittstock und Wusterhausen



Ethnische Zusammensetzung

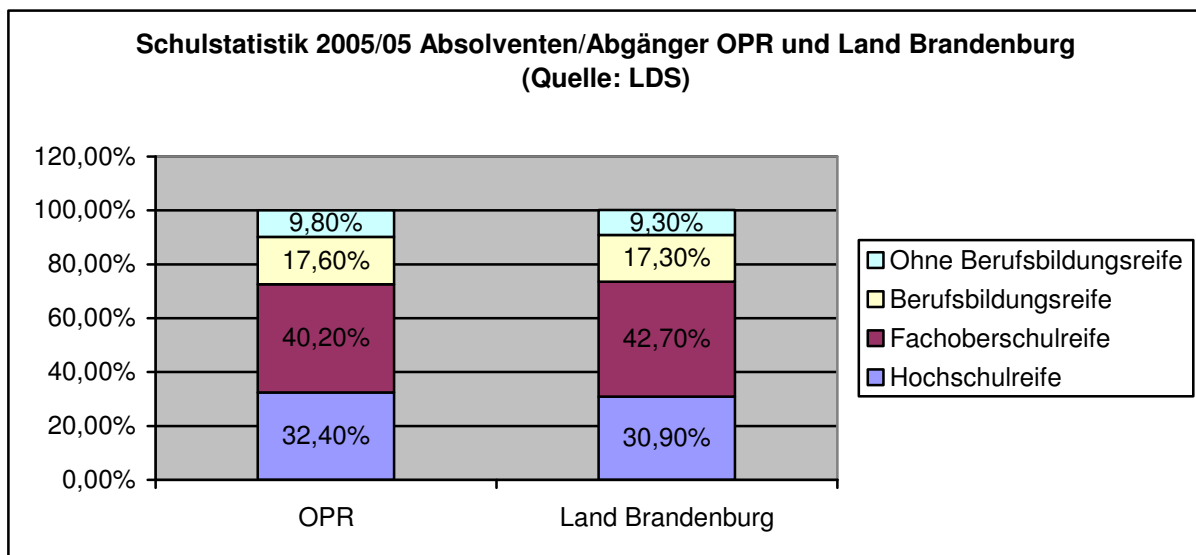
Die Zahl der Ausländer im Landkreis liegt bei 2%, also noch unterhalb des Brandenburger Durchschnitts von 2,6%.

MigrantInnen haben wenig Chancen auf berufliche und soziale Integration. Oft sind sie Inhaber kleiner Einzelhandelsgeschäfte oder Imbissläden.

Viele Institutionen, Behörden, aber auch Krankenhäuser sind auf Angelegenheiten und Bedürfnisse von MigrantInnen und Gästen nicht eingestellt.

Schulstatistik

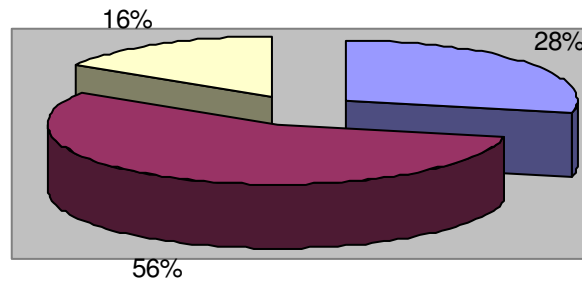
Die Schulstatistik wird nur nach Schulorten erfasst. Damit ist nur eine Gesamtbetrachtung gegenüber dem Landesdurchschnitt möglich. Die Werte unterscheiden sich geringfügig im Bereich der Fachoberschulreife und Hochschulreife.



Sozialstatus

Bei den Einschulungsuntersuchungen des Gesundheitsamtes werden zusätzliche Daten zur Schulbildung und Erwerbstätigkeit der Eltern erhoben. Daraus wird vom Landesgesundheitsamt additiv der Sozialstatus in 3 Stufen gebildet. Für den Landkreis OPR ergibt sich für 2005 aus den Angaben von 1.057 Einschülern mit entsprechenden Angaben folgendes Bild:

Sozialstatus von Einschülern 2005 (Quelle: Gesundheitsamt)



■ niedriger Sozialstatus ■ Mittlerer Sozialstatus ■ hoher Sozialstatus

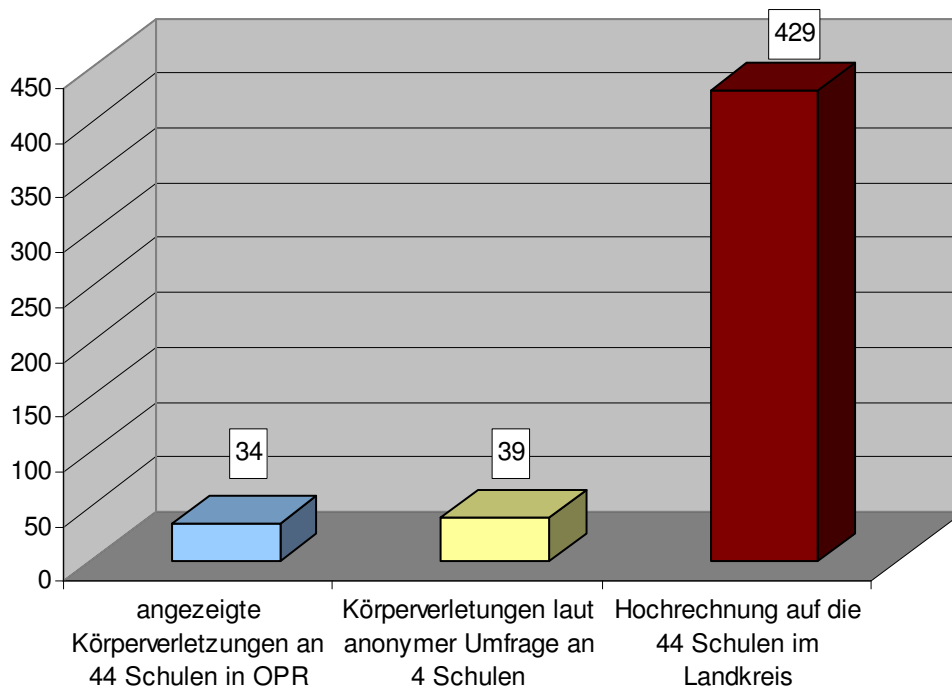
Problemfelder

ErzieherInnen im Kitabereich sind, auch wegen des niedrigen Personalschlüssels, mit den sich oftmals bereits im Kindesalter abzeichnenden Verhaltensauffälligkeiten oft überfordert.

Die Probleme werden vor allem bei der unzureichenden individuellen Betreuung der Kinder gesehen. Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf können nicht ausreichend unterstützt und gefördert werden.

Ein strategischer Gesamtansatz in den Kindergärten zur Entwicklung von Schutzfaktoren und der Minderung der Risikofaktoren und damit zur frühzeitigen Immunisierung vor Fremdenfeindlichkeit und Rechtstextremismus sowie Gewalt fehlte bisher. Zu einem solchen Ansatz gehören niedrigschwellige Angebote für Eltern zur Stärkung ihrer Erziehungskompetenz.

Alarmierend ist der Anstieg von Mobbing, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit an den Schulen und Ausbildungsstätten.



Aus der im Jahre 2006 gemachten Umfrage wird ersichtlich, dass speziell bei Körperverletzungen an Schulen eine sehr hohe „Dunkelziffer“ besteht.

In Vorbereitung der Erarbeitung der Situationsanalyse wurden 44 Fragebögen an verschiedene Schultypen (Grundschule, Sonderschule, Oberschule und Gymnasium) im Landkreis verschickt. Die Koordinierungsstelle hat 23 Rückmeldungen von Direktorinnen und Direktoren erhalten, wovon sieben Schulen angeben, kein Problem mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu haben.

Inwieweit die Befragten in der Lage sind, Phänomene des Rechtsextremismus als solche zu erkennen, hängt nicht nur von der Erfahrung mit der eigenen Zielgruppe ab, sondern ist ganz wesentlich durch den Wissenstand über das Problemfeld und die eigene Motivation geprägt, sich mit dem Phänomen auseinander zu setzen. Eine große Anzahl von Personen nimmt keinen Rechtsextremismus im Schulalltag wahr und macht auch keine Angaben darüber, wie dieser aussehen könnte. Einige Befragte bezogen sich bei den Fragen stark auf das äußere Erscheinungsbild der rechtsextremen Szene, das sie vornehmlich an Kleidung und Musikgeschmack ausmachen. Weiterhin wird Rechtsextremismus in den Antworten oft mit Gewalt gleichgesetzt. Die Mehrheit der Interviewten machen Rechtsextremismus hauptsächlich an fremdenfeindlichen Äußerungen fest. So stellt eine Schulleiterin fest, dass der „Gebrauch von Wörtern wie Nigger, Russe“ [dazu dient], „andere Mitschüler zu beleidigen. Gerade in den Grundschulen sind Diskriminierungen (wie beispielsweise das „Mobben“ von Mitschülern) häufiger verbreitet, als dezidierte rechtsextreme Äußerungen.

Ob Ungleichwertigkeitsvorstellungen, Fremdenfeindlichkeit oder Rechtsextremismus in der Schule thematisiert werden oder nicht, hängt stark von dem Engagement der Schulleitung und der einzelnen FachlehrerInnen ab. Zwei Schulen geben an, diese Thematik gar nicht zu besprechen. Die Mehrheit der Antwortenden sehen eine große Verantwortung in der Auseinandersetzung mit den SchülerInnen bei den FachlehrerInnen und führen aus, dass diese Thematik in den Unterrichtsfächern Deutsch, Ethik, Geschichte und Gemeinschaftskunde behandelt wird. So wird an einigen Schulen das Tagebuch der Anne Frank im Unterricht gelesen und besprochen oder Ausflüge zur Gedenkstätte Sachsenhausen vorgenommen. Es finden weiterhin eingegrenzte Angebote statt wie beispielsweise antirassistische Projektschultage und internationaler Schüleraustausch. Einige Interviewte geben an, dass für sie die Thematisierung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit über einzelne Maßnahme hinaus geht und dass sie an einem demokratischen Leitbild für ihre Schule arbeiten oder dieses bereits implementiert haben.

Das Hauptaugenmerk wird von den Befragten auf die Präventionsarbeit gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gelegt. Dazu gehört für die Interviewten die Aufstellung eines festen Regelsystems, Bildungsarbeit über rechtsextreme Gruppierungen und deren Strategien, sowie die Erarbeitung von demokratischen Auseinandersetzungsformen.

Diese Arbeit ist für einige Schulen aber nicht intern leistbar, sondern sie sind auf Kooperationspartner angewiesen.

Ein Vorschlag von einem Gymnasium spricht sich für die Überwachung des Schulhofs mittels Videokameras aus, um sich gegen Rechtsextremismus zu schützen. In dieser Vorstellung wird Kriminalität, Vandalismus und Gewalt mit Rechtsextremismus gleichgesetzt und als ein von außen transportiertes Phänomen wahrgenommen.

Die Hauptzielgruppe schulischer Maßnahmen bezüglich Präventionsarbeit sind für die Interviewten Schülerinnen und Schüler. Während ein kleiner Teil der Befragten noch Wert auf die Zusammenarbeit mit Eltern und Großeltern legt, wird von der Mehrheit der Schulleiter diese Personengruppen nicht miteinbezogen. Lehrerinnen und Lehrer sehen sich selbst nicht als Zielgruppe von schulischer Maßnahmen, weder als Interessierte, noch als Multiplikatoren.

Es werden zahlreiche Partner von Schulen benannt und über Netzwerke berichtet. Die häufigsten Nennungen von Partner sind: Polizei, schulinterne Gremien, zivilgesellschaftliche Akteure wie die Regionalstelle für Ausländerfragen, Jugend und Schule (RAA), das Mobile Beratungsteam oder antirassistische Gruppen, Träger der Jugend- und Sozialarbeit sowie das Jugendamt. Auffällig war die Nennung vieler verschiedener Partner und Bündnisse, wobei viele Akteure wenig übereinander wissen. Von einigen Befragten wird auch ein fehlendes Netzwerk für den Landkreis moniert.

Hindernisse für ein schulisches Engagement sind zum Großteil für die Interviewten im Lehrplan selbst zu suchen, der feste Unterrichtsinhalte beinhaltet, die bis zum Schuljahresende abgearbeitet werden müssen. Enge Zeitfenster verhindern die Thematisierung schulexterner Fragestellungen und Inhalte.

Ein weiteres Problem wird in der mangelnden Finanzierung von Projekten gesehen, die sich mit dieser Thematik beschäftigen. Weiterhin wird über die mangelnde Mitarbeit von Eltern geklagt, die ihre Kinder nicht zu einer demokratischen Auseinandersetzung befähigen. So wird aufgrund dieser Tatsache auch über die mangelnde Gesprächsbereitschaft von Schülerinnen und Schülern hingewiesen.

Ein häufig genannter Punkt ist die große Aktions- und Akteursvielfalt, bei der viele Lehrerinnen und Lehrer den Überblick verlieren würden, wer für welche Maßnahmen Ansprechpartner ist.

In der Beantwortung dieser Fragestellung wird von den Personen nicht zwischen Projektstrategien und einzelnen konkreten Projekten unterschieden. Überwiegend werden mehr Bildungsprojekte, Projekte zur interkulturellen Begegnung und Anti-Gewalt Strategien (Anti-Bullying Strategie, Konfliktraining, Anti-Aggressionsprojekte) genannt.

2.2 Örtliche Problemlagen / Straf- und Gewalttaten

Die rechte Motivation scheint weitaus größer zu sein, als aufgrund allein der registrierten Straftaten oder politischer Aktivitäten angenommen werden kann. In den präventiven Fokus gehört dabei die gesamte Bandbreite von Personen, von politischen Aktivisten über Täter Politisch Motivierter Straftaten bis hin zu Sympathisanten.

Fremdenfeindlichkeit ist nicht eine Einstellung einiger Weniger. Im Laufe der Jahre hat sich eine Sprachkultur entwickelt, die für sich bereits eine gewisse Fremdenfeindlichkeit impliziert. Beispiel: Türken oder südländisch aussehende Personen werden als „Kanaken“ bezeichnet. Vietnamesen als „Fidschis“. Aber auch: Linksgerichtete Personen als „Zecken“, Polizisten als „Bullen“ etc.

Warum? Es ist einfacher Kanaken, Fidschis, Zecken oder Bullen zu beschimpfen, über sie herzuziehen oder gegen sie vorzugehen als gegen „Menschen.“ Kinder und Jugendliche übernehmen oft den Sprachgebrauch von Eltern oder älteren Familienangehörigen oder den im Sozialraum üblichen Jargon. Fremdenfeindlichkeit zieht sich durch alle Altersgruppen, sie fällt jedoch hauptsächlich bei den Kindern und Jugendlichen auf.

Im Laufe der Lebensjahre lernen diese jedoch mit ihrer Fremdenfeindlichkeit umzugehen oder verlieren diese, auf Grund gemachter Erfahrungen.

Mindestens genauso gefährlich, vielleicht nicht so offenkundig wie rechtradikales Auftreten von jungen Menschen in der Öffentlichkeit, ist ein sich „einschleichender Rechtsextremismus, die Strategie, als Mitglied der Gesellschaft anerkannt und in ihr eingebettet zu sein. Die rechtsextreme Gesinnung von Nachbarn wird von den meisten Bürgern entweder nicht wahrgenommen oder eher als harmlos und ungefährlich eingestuft. Es findet eine ideologische und personale Unterwanderung in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Leben statt, die – von außen betrachtet – in einigen Orten leichtes Spiel hat, weil sie an rechtsextreme Einstellungen bei der Bevölkerung andocken kann.“⁵ Die Feststellung ist also berechtigt, manche Straftat hätte nicht stattgefunden, wenn die Täter nicht guten Grund zu der Annahme gehabt hätten, dass sie Rückhalt in der Gesellschaft haben.

Im ländlichen Raum fehlt es an unterstützenden Erwachsenen mit Vorbildfunktion, die Jugendliche begleiten.

Ein Teil der Jugendlichen sammelt sich in losen Cliques, in welchen Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung akzeptiert wird. Gewalt dient auch dem inneren Zusammenhalt der Gruppe und wird zumeist aus Lust am Tabubruch begangen. Die Cliquemitglieder erleben „gemeinsame Abenteuer“ und finden Geborgenheit und Anerkennung im Kreise ihrer „Kameraden“. Weitere Motive für Gewalt als Gemeinschaftserlebnis können mangelndes Selbstwertgefühl, die Vermittlung eines „Gefühls der Stärke/Macht“, aber auch Imponiergehabe gegenüber dem anderen Geschlecht u. a. sein.

Gewalt ist zum Teil (von Eltern oder anderen Vorbildern) gelerntes Verhalten zur Lösung von Konflikten mit dem Effekt gleichzeitig Ansehen (Respekt) in der Gruppe zu erlangen.

Gewalttätige Übergriffe rechtsextremer und gewaltbereiter Gruppen treten oft unter Alkoholeinfluss in Erscheinung. Polizeilich registriert werden dabei neben den Übergriffen auf Andersdenkende und „Fremde“ oft Pöbeleien und Beleidigungen, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Sachbeschädigungen

Zur Selbstidentifikation wird sehr häufig das politische Schema „Rechts – Links“ herangezogen, um den „Feind“ zu markieren. Mitunter spielt die politische Überzeugung nur eine untergeordnete Rolle. Allein die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Clique kann die politische Überzeugung bestimmen. Diese subkulturell geprägte Szene besteht zumeist aus Azubis, Schülern oder Arbeitslosen. Unter ihnen befinden sich auch Skinheads.

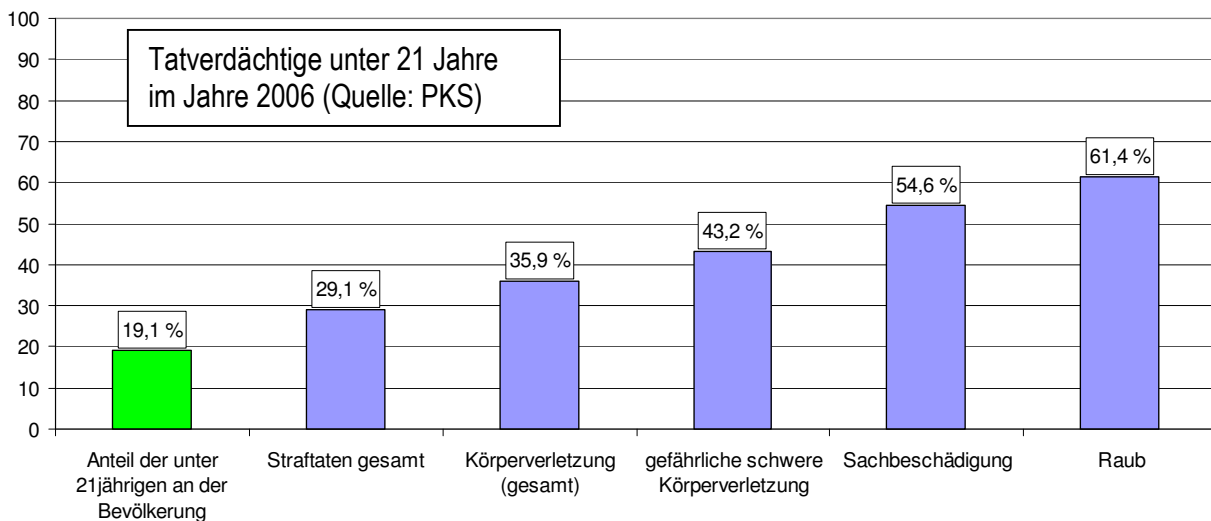
Zusammenfassend ist festzustellen, dass es sich bei der „rechten Szene“ im Landkreis Ostprignitz-Ruppin weitgehend um eine allgemeinkriminelle Szene aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen handelt, die ein erhebliches kriminelles Potential darstellt.

Fakt ist aber, dass Jugendliche in ihrem Selbstfindungsprozess verschiedene Ausrichtungen, auch politischer Natur, ausprobieren. Gefährdet sind hierbei insbesondere die Jugendlichen, bei denen ein gewisser Grad der psychischen Verwahrlosung festzustellen ist. Das kann nicht nur Kinder und Jugendliche der sozialen Unterschicht betreffen, sondern allen, im Wesentlichen abhängig vom sozialen und familiären Umfeld.

Derzeit agieren die einzelnen Cliques noch relativ unabhängig voneinander, wobei fortgesetzt organisatorische Versuche unternommen werden, politischen und steuernden Einfluss auf die Szene zu erlangen. Es wird empfohlen, darauf die präventiven und repressiven Interventionen künftig stärker als bisher auszurichten.

Zur Entwicklung rechtsextremer Organisationen in der Region: In einem Stadtparlament sitzt ein ehemaliges Parteimitglied der NPD. Im sozialen Bereich werden Angebote wie beispielsweise Kinderferienfreizeiten offeriert. In zwei Kommunen war es rechtsextremen Gruppen gelungen, ihnen nahestehende Personen als MAE-Kräfte im Jugendbereich einzuschleusen. Die Organisationen haben eine hohe Flexibilität entwickelt, wie der Schutzbund Deutschland: Trotz Verbot sind Tendenzen einer Neuorganisation erkennbar. In Neuruppin und Wittstock sollen in nächster Zeit NPD-Ortsgruppen aufgebaut werden.

Ermittelte Tatverdächtige unter 21 Jahren (in Relation zum Anteil der Bevölkerung im Landkreis OPR)



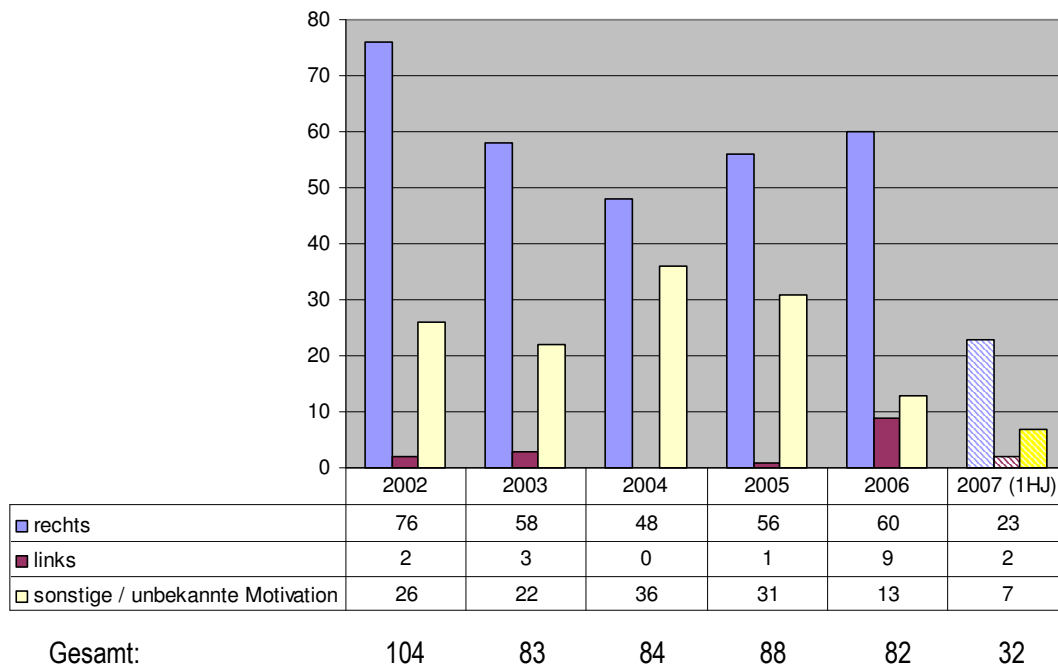
Aus den aufgeführten Daten wird ersichtlich, dass Kinder (0- unter 14Jahre) Jugendliche (14 – unter 18Jahre) und Heranwachsende (18- unter 21 Jahre) überdurchschnittlich am Kriminalitätsgeschehen beteiligt sind. So waren 1175 der insgesamt 4034 ermittelten Tatverdächtigen unter 21 Jahre alt.

So überschreitet bereits dieser Gesamtanteil von 29,1% den Bevölkerungsanteil von lediglich 19,1%.

Aus polizeilicher Sicht problematisch stellt sich insbesondere der Anteil dieser Altersgruppe bei den Körperverletzungsdelikten dar.

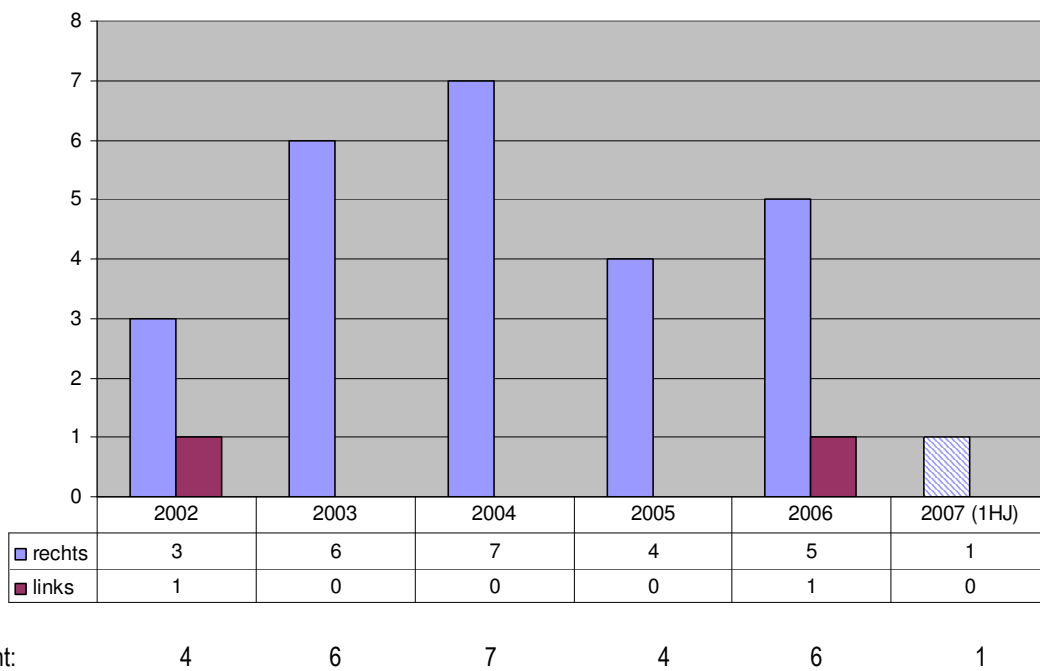
Hier lag der Anteil bei 35,9% und wurde bei den Fällen der schweren/ gefährlichen Körperverletzung sogar noch übertroffen (43,2%). Somit wurde beinahe jede zweite gefährliche/ schwere Körperverletzung von Personen im Alter bis zu 21 Jahren verursacht.

Politisch motivierte Kriminalität(PMK)



Wie auch in den Vorjahren wird ersichtlich, dass auch 2007 (hier Zahlen erstes Halbjahr) der Großteil der politisch motivierten Straftaten rechtsmotiviert ist.

PMK-Gewaltstraftaten:



Im ersten Halbjahr 2007 ergeben sich geringe Veränderungen. Die vorstehenden statistischen Angaben beziehen sich ausschließlich auf das Hellfeld. Nicht gemeldete Straftaten (Opfer, die Behördenkontakt meiden ...) als auch weiteres deviantes Verhalten wie Mobbing flossen nicht in diese Statistik ein.

Bislang (PKS Stand August) konnten im Jahr 2007 im Bereich der Staatsschutzdelikte 66 Tatverdächtige ermittelt werden, davon waren 40 unter 21 Jahre alt (2 Kinder, 23 Jugendliche, 15 Heranwachsende)

Im Deliktsfeld der Volksverhetzung waren 6 von 15 Tätern unter 21 Jahren alt.

Räumliche Schwerpunkte

Wittstock

Rechtsextremistischer Schwerpunkt bildet nach wie vor das Stadtgebiet von Wittstock. Es gab immer Bestrebungen einer intensiven Beeinflussung mit rechtsextremistischer Gesinnung sowie der Bildung rechter politischer Organisationen. Die strikte Durchsetzung von Stadtordnung, Gewerberecht... bzw. Hausrecht hat jedoch zu einem Wegfall und Neuaufbau von Treffpunkten geführt. Nach wie vor sind ca. 40 Personen der rechten Szene zuzuordnen. Den „harten Kern“ der rechten Szene bilden ca. 19 Personen. Zwischenzeitlich ist festzustellen, dass nun auch andere Jugendgruppenkulturen in Wittstock vertreten sind. Wittstock hat nach Einschätzung des Jugendamtes ein gutes System entwickelt, in dem es sich auch zur Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Kinder- und Jugendhilfe, bzw. in dem Bürgerbündnis vernetzt hat.

Im Wachbereich Wittstock liegt das größere Gewaltpotential – kommt es dort zu politisch motivierten Straftaten, steckt eine erheblich größere kriminelle Energie dahinter. Anhänger der dortigen rechten Szene sind sehr gewaltbereit, begehen die Straftaten zum größten Teil in anderen Phänomenbereichen.

Die Totaltankstelle im Wittstocker Neubaugebiet war bis 2006 Treffpunkt von Mitgliedern der rechten Szene. Nach der Übernahme der Tankstelle durch einen neuen Pächter konnte die Polizei den Treffpunkt unattraktiv machen. Doch nach dem Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“ versucht die rechte Szene das Tankstellengelände „zurückzuerobern.“ Gruppen von bis zu acht Personen kaufen alkoholische Getränke und verzehren sie an der Tankstelle. Die alte Situation beginnt, sich wieder anzubahnen.

Neuruppin

Im Bereich der PW Neuruppin sind ca. 33 Personen im rechten Spektrum bekannt. Bis auf wenige Ausnahmen verhalten sich diese jedoch ruhig. Wie sich die Demonstration des „KDS“ (Kampfbund deutscher Sozialisten“) vom 01.09.2007 mit ca. 50 TeilnehmerInnen auf die hiesige Szene auswirkt, kann noch nicht abgesehen werden.

Jedenfalls hat sich aus diesem Anlass ein breites Bündnis „Neuruppin bleibt bunt“ formiert, das kirchliche Gruppen, VertreterInnen der demokratischen Parteien und die relativ starke Neuruppiner linke / Antifa-Szene vereint. Zur Gegendemonstration des Bündnisses kamen ca. 900 TeilnehmerInnen.

So ist es nicht verwunderlich, dass auch das bislang einzige PMK-Gewaltdelikt dieses Jahres im Rahmen einer Auseinandersetzung zwischen Vertretern der beiden Szenen zu Stande kam. So wurde am 22.03.2007 ein Bewohner des Jugendwohnprojektes „Mittendrin“ durch zwei Tatverdächtige (aus Oberhavel) angegriffen und geschlagen. Die Tatverdächtigen werden der Hooliganszene (BFC Dynamo) zugeordnet.

Fremdenfeindliche Angriffe werden gegen ausländische Mitbürger, aber auch gegen ausländische Gäste geführt. So handelte vor kurzem eine Gruppe von fremdenfeindlichen jungen Leuten, die ein auf englisch geführtes Gespräch zufällig vernahmen und dann zuschlugen.

Die Problembereiche liegen vor allem im Neubaugebiet und hier insbesondere sind die geöffneten Schulhöfe zu nennen. Immer wieder sind Vandalismusschäden und Verschmutzungen zu verzeichnen. Dadurch reduziert sich erheblich das Sicherheitsgefühl der älteren Mitbürger. Im Jahr 2007 wurden bis einschließlich September 48% der PMK -Straftaten im Wachbereich Neuruppin verzeichnet.

Rheinsberg

Nach hiesigen Erkenntnissen besitzt die Stadt Rheinsberg keine aktive, auffällige, rechte Szene mehr, Einzelpersonen sind nach wie vor festzustellen. Auch wenn eher unauffällig agiert wird, kommt es doch auch hin und wieder zu öffentlichkeitswirksamen Straftaten.

Temnitz

Im Straßenbild nimmt man Jugendliche wahr, die dem Aussehen nach zum rechten Klientel gehören. Es sind immer wieder Aktivitäten von Rechten zu konstatieren – dabei handelt es sich offenbar um Versuche, in Walsleben Fuß zu fassen in Form von Postwurfsendungen, Klebeaktionen und Bedrohungen z.B. einer Familie. Mitbürger tolerieren z.T. diese Aktivitäten oder haben Schwierigkeiten, damit umzugehen. Wegen Dominanz von rechten Jugendlichen musste ein Jugendclub geschlossen werden. Es gibt im Amtsbereich zu wenig inhaltliche Angebote. Ortsbürgermeister reagieren auf Gesprächsangebote des Mobilien Beratungsteams (MBT) zurückhaltend.

Tätermobilität

Die Tatverdächtigen handelten in vielen Fällen landkreisübergreifend zwischen den Räumen Pritzwalk und Wittstock. Weiterhin wurde durch Ermittlungsverfahren bekannt, dass neben örtlich agierenden Tätern auch Tatverdächtige aus dem Raum Uckermark sowie der Stadt Röbel (Land M/V) an den bisher registrierten Straftaten beteiligt waren. Verbindungen lassen sich nach wie vor auch nach Oberhavel (Zehdenick), Hamburg und Bremen nachweisen

Die Tätermobilität hängt zum Teil vom Alter der Tatverdächtigen (Fahrerlaubnis...) bzw. dem Alter einzelner Gruppenmitglieder (Fahrgemeinschaften) ab. Auch die Motivationstärke spielt hier eine Rolle.

Jedoch ist oft zu beobachten, dass lediglich im eigenen regionalen Umfeld verblieben wird. Überregionale Kontakte sind jedoch vorhanden.

Opfer

Zur Problematik der „Opfer“ kann lediglich auf Angaben zu Opfern von Gewaltstraftaten zurückgegriffen werden. Hinzu kommen Sachbeschädigungen (laut LKA ohne Gewaltbezug) zum Nachteil ausländischer Geschäftsinhaber bzw. Volksverhetzungen. Hierbei steht also die (scheinbare) ausländische Herkunft als Motiv im Vordergrund.

BesucherInnen aus Berlin oder aus dem Ausland, SpätaussiedlerInnen, ausländische Geschäftsleute ebenso wie AsylbewerberInnen sind im Alltag vor Pöbeleien und auch gewalttätigen Übergriffen nicht sicher. Ein fremdenfeindliches Umfeld schädigt den Wirtschaftsfaktor Tourismus. Auch Investoren, die einen Standort für ein Unternehmen suchen, werden von „berüchtigten“ Orten abgeschreckt.

Beleidigungen, Nötigungen und Sachbeschädigungen können auch politisch motiviert sein. Es kam zum Teil zu den fremdenfeindlichen Äußerungen im Rahmen von Auseinandersetzungen, deren Ursache zunächst anderweitig gelagert war, z.B. Verweis aus der Gaststätte. Fehlende Argumente können im Rahmen der verbalen Auseinandersetzung zum Verwenden fremdenfeindlicher Parolen führen, wenn diese in der Stresssituation als einzige einfallen,

gleichzeitig auch bekannt ist, dass deren Verwendung als besonders verwerflich gilt – mit dem Ziel dem Gegner damit verbal besonders hart zu treffen.

Mittlerweile können auch solche Personen zu Opfern werden, die vom äußeren Erscheinungsbild her zur bürgerlichen Mitte gehören.

Im Juni 2007 kam es am Busbahnhof in Neuruppin zu einer verbalen Auseinandersetzung zwischen Jugendlichen aus Neuruppin und einer Schulklasse aus Berlin, in deren Verlauf es zu fremdenfeindlichen, volksverhetzenden Äußerungen kam. Auch hier kann nicht ausgeschlossen werden, dass es zu strafbaren Handlungen kam, weil durch diese Äußerungen die Täter besonders intensiv „Mobben“ konnten – leider gelang es nicht, die tatsächliche Motivation herauszuarbeiten.

2.3 Ressourcen / Konzepte / Maßnahmen

Vorhandene Konzepte in der Intention der Landkreisstrategie

Die ganzheitliche Strategie des Landkreises gegen Gewalt, Mobbing, Bullying und Fremdenfeindlichkeit an den Kindergärten und Schulen des Landkreises als Pilotprogramm des Landes Brandenburg etabliert sich schrittweise. Das ganzheitliche Mehrebenenprogramm nach Olweus (Antibullying) ist ein wirkungsvolles Instrument, um Gewalt und Fremdenfeindlichkeit an den Schulen und dann auch in Kitas systematisch zu reduzieren und ein demokratisches Lernklima zu schaffen. Gelingt es, den Gewaltkreislauf an möglichst allen (vielen) Schulen des Landkreises und bereits frühzeitig im Vorschulalter wirksam zu unterbrechen, dann sinkt folgerichtig die Gewaltkriminalität unter Kindern, Jugendlichen und Jungerwachsenen insgesamt in den Kommunen deutlich. Die Prinzipien des Programms und auf deren Grundlage erarbeitete Standards zum Schulablauf, wie z.B. ein organisierter Täter-Opfer-Ausgleich u.a., werden die Schule dauerhaft in die Lage versetzen, auf der Schul-, Klassen- und Individual-ebene solche Erscheinungen zurückzudrängen.

Aufgrund der Partnerschaft von Staatlichem Schulamt, Polizeipräsidium (Schutzbereich) und Landkreis, aus der inzwischen eine enge Kooperation gewachsen ist, konnte ein interdisziplinäres Prozessteam gebildet werden. Neben der Gewährleistung der praxisgerechten Umsetzung der Elemente der Strategie (Anlage) erarbeitet das Team einen Prozesstandard und beschreibt die Qualitäten der Umsetzungsschritte bis zum Frühjahr 2008 in einem Handbuch. Damit soll es möglich werden, die Antibullyingstrategie in beschriebener Qualität möglichst überall platzieren zu können.

Erprobte und in den Einrichtungen verankerte Präventionsvorhaben wie Mediation, Trainingsraum, Klassenrat und andere Formen der Mitbestimmung von SchülerInnen werden integriert und verstärkt.

Intensiv wird die Strategie nun auch auf Kindertagesstätten ausgedehnt, um die Effekte des Programms auszuschöpfen. Dabei wird ein Programm gesucht, welches die elterliche Erziehungskompetenz und das kindliche Sozialverhalten fördert mit beispielsweise Trainings für die Kinder zu: Gefühle wahrnehmen; Gründe für Verhalten anderer erkennen; Perspektivwechsel; Folgen des eigenen Verhaltens einschätzen; Lösungen für Konflikte mit anderen Kindern entwickeln und für die Eltern zu: Grundregeln positiver Erziehung; Grenzen setzen; Umgang mit schwierigen Erziehungssituationen und Selbstvertrauen der Kinder stärken.

Im Rahmen von XENOS - geförderten Programmen wurden Antigewalt-Trainings an einer Anzahl von Schulen für Schüler und Lehrer durchgeführt.

Geplant ist weiterhin die zielorientierte Entwicklung des Kinder- und Jugendschutzes, wozu u.a. gehören: die Entwicklung einer behörden- und ressortübergreifenden Informationssammlung Kindeswohl (System der Achtsamkeit) sowie Fallkonferenzen in allen regionalen Sozialräumen unter Nutzung der Erfahrungen aus dem Projekt „TOP TEN – jugendliche Intensivtäter“ sowie des Wittstocker Projekts „Begrenzung und Reduzierung des Nachwuchses der rechten Szene.“

Neben der Mitentwicklung der bereits o.a. Landkreisstrategie für Kindergarten und Schule bildet die RAA erfolgreich MultiplikatorInnen für die Arbeit gegen Rechtsradikalismus fort und wirbt für Fortbildungsangebote.

Durch angeleitete Gruppenarbeit (Gesinnung ändern, Leben ohne Gewalt) konnte die soziale Reintegration straffällig gewordener Heranwachsender gestärkt und Haft vermieden werden.

Das Mobile Beratungsteam (MBT) klärt Kommunen, Institutionen und BürgerInnen kontinuierlich über Probleme und Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus auf. Sondersitzungen des Kreistages, die von MBT und Jugendamt vorbereitet wurden, ermöglichten es, den Vertretern der Kommunalpolitik sich über das Thema zu informieren, Erfahrungen auszutauschen und Handlungsstrategien entwerfen. Das ist ein großer Schritt in Richtung Sensibilisierung für die Thematik.

Ein weiterer Akteur ist die DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin, eine vom Land Brandenburg geförderte Jugendbildungseinrichtung. In einigen Kommunen konnten z.B. durch die Projektarbeit der Netzwerkstatt bürgerschaftliche Netzwerke zur Demokratischen Teilhabe gebildet werden, die spürbare Wirkungen erzielten und denen es auch gelang, Betriebe und Akteure der Wirtschaft einzubeziehen. Andere Projekte („Der Stand der Dinge“; „Arbeit und Begegnung“) förderten die Teilhabe Jugendlicher, insbesondere von Mädchen, im kommunalen Raum und organisieren interkulturelle Begegnungen mit gemeinsamen Arbeitswochen von jungen Auszubildenden aus Berlin und Brandenburg.

Vorhandene Konzepte, Schwerpunkte und Arbeitsfelder von Behörden, Einrichtungen

Die bereits bestehende Koordinierungsgruppe des Präventionsnetzwerkes unter Leitung des Landrates setzt Signale zu kommunenübergreifenden Sicherheits- und Ordnungsschwerpunkten und empfiehlt wirksame und wirtschaftliche Lösungen. Dabei verfolgt der Landkreis derzeit drei strategische Richtungen:

1. das ganzheitliche Programm zur Zurückdrängung von Gewalt an Kindergarten und Schule, das in nächster Zeit mit weiteren Vorhaben im Kinder- und Jugendschutz eng verknüpft wird;
2. die Zurückdrängung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, was eine wiederum enge Verzahnung mit Nr. 1 voraussetzt und
3. Sicherheit im Alter.

In allen Kommunen sind Steuerkreise zur kommunalen Kriminalitätsverhütung im Aufbau, an denen - je nach beabsichtigter Wirkung - z.B. Ordnungsämter, Jugend-, Schul- oder Sozialämter beteiligt sind. Diese bilden den Kern des Ämternetzwerkes. Als nächster Entwicklungsschritt ist geplant, Ressort übergreifend auch weitere Landkreis- und Landeskompetenzen zu verknüpfen. Beratende Unterstützung wird durch den Sicherheits- und Präventionsberater beim Landkreis geleistet.

In den einzelnen Kommunen werden Steuerkreise zur kommunalen Kriminalitätsverhütung aufgebaut bzw. weiterentwickelt oder mindestens Ansprechpartner für das Präventionsnetzwerk benannt.

Eine Anzahl von Sicherheitspartnerschaften zwischen Bürgern und Kommune sowie Polizei leisten an vielen Orten eine wichtige operative Arbeit.

Dieser Aktionsplan des Landkreises ist stets in Verbindung mit korrespondierenden Strategien und Planungen, wie z.B. der Jugendhilfeförderplanung zu sehen. Deshalb sollen an dieser Stelle ausschließlich wesentliche Verknüpfungen zur weit gefächerten Arbeit auf diesem Gebiet hergestellt werden.

Jugendförderung ist eine Pflichtaufgabe des örtlichen Trägers der Jugendhilfe. Der Grundanspruch des SGB VIII und das Ziel der Jugendförderung besteht darin:

- *Kinder und Jugendliche zur Selbstbestimmung zu befähigen und zur Mitverantwortung zu bewegen;*
- *Kinder und Jugendliche in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung zu fördern;*
- *dazu beizutragen, dass bei Kindern und Jugendlichen Benachteiligungen vermieden oder gemindert werden ;*
- *Kinder und Jugendliche vor Gefahren zu schützen*
- *die Erziehungskraft der Eltern zu stärken*

Jugendförderung richtet sich an Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Eltern.

Nach § 79 Sozialgesetzbuch Absatz VIII (SGB) obliegt jedem öffentlichen Träger der Jugendhilfe (JH) im Rahmen der Gesamtverantwortung die Planungsverpflichtung für das gesamte Spektrum der Jugendhilfe einschließlich der Leistungen der Kinder- und Jugendarbeit, der Jugendsozialarbeit und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes (Jugendförderung).

Ein dafür notwendiger strategischer Ansatz muss sich inhaltlich, strukturell und personell den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen stellen, insbesondere unter dem Aspekt der Weiterentwicklung des bereits bestehenden Qualitätsmanagements. Das geht nicht ohne Strukturveränderungen.

Die Fakten der geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und deren Auswirkungen, die ursächlich für zwingend notwendige Veränderungen in der Jugend(sozial)arbeit sind, widerspiegeln sich bereits in den Jugendförderplänen 2004 und 2005. Diese seit 2003 geänderte Ausgangssituation griff der Kreistag mit seinem Beschluss vom 18.12.2003 und der Jugendhilfeausschuss mit seinen darauf basierenden Beschlüssen auf.

Angesichts sinkender Einwohnerzahlen, sich verringernder finanzieller Ressourcen, die Ausdifferenzierung von Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen sowie die Reduzierung der Schulstandorte und der –formen bedurfte es neuer Denk- und Lösungsansätze des Jugendhilfeausschusses, der Verwaltung und der freien Träger der Jugendhilfe für eine bedarfsgerechte Umsetzung der Aufgaben nach dem SGB VIII. Das stellte neue fachliche Anforderungen an die Entwicklung von Konzepten und Strategien für Gemeinwesen, Schule und Jugendarbeit.

Durch sozialräumliche Analysen erhielt der Landkreis in differenzierter und regionalisierter Form Informationen über Lebenslagen, Sozialisationsbedürfnisse, Handlungspotentiale und Defizitlagen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien. Es werden jetzt der Bedarf der Betroffenen und nicht primär im Kontext gegebene Angebotsstrukturen widerspiegelt. Darauf sind die Förderpraxis und der Einsatz von sozialpädagogischem Personal der ehemals 610er Stellen ausgerichtet. Weiter unternimmt wird das Ganze durch andere im jeweiligen Sozialraum vorhandene Ressourcen für die Jugend(sozial)arbeit, wie z.B. Sportvereine mit Jugendabteilungen, Jugendfeuerwehren, Angebote der Kirchen u.a.

Gemäß der Aufgabenstellung galt es Ziele, fachliche Standards und Lösungswege zu erarbeiten, die spezifische kommunale Probleme angemessen aufgreifen und die fachliche und fach-

politische Perspektiven am besten beschreiben können. Gemeinsam mit den Verantwortlichen wurden Handlungsstrategien für die Jugend(sozial)arbeit entwickelt.

Der erzieherische Jugendschutz (§14 SGB VIII) ist auch in Ostprignitz- Ruppin eine elementare Aufgabe in der Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit. Besondere Bedeutung haben auch hier die Themen Suchtprävention, Gewaltprävention bzw. der Umgang Rechtsextremismus.

Kinder und Jugendliche sollen befähigt werden, sich vor gefährdenden Einflüssen zu schützen. Die Förderung und Entwicklung von Kritikfähigkeit, Entscheidungsfähigkeit und Eigenverantwortung sowie Verantwortung gegenüber Mitmenschen, ist eine zentrale Aufgabe von Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit. Eltern sind ein wichtiger Bezugs-Partner und sollen die Möglichkeit erhalten, in diesem Prozess einbezogen zu werden.

Grundsätzlich ist Familienbildung eine niedrigschwellige Bildungsarbeit von familienrelevanten Themen, die für die Gesamtheit der Jugendhilfe beschrieben werden muss und eine Querschnittsaufgabe für das Handeln der gesamten Verwaltung des Landkreises und der Kommunen. Die Jugendförderung kann hier nur einen begrenzten Teil ihrer Ressourcen aufwenden. Doch sie hat- aufgrund ihrer Nähe zu den Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen - neben Kita, Schule, Hort und Hilfen zur Erziehung ihren Beitrag zu leisten, um die Kräfte von Familien zu stärken.

Die Angebote der Jugendförderung im Bereich der Familien(-bildung) –arbeit sind vielfältig, offen, freiwillig nutzbar und für jeden zugänglich. Sie können sowohl eingebunden in bestehende Jugendeinrichtungen als auch aufsuchend im Rahmen der mobilen Jugendarbeit organisiert sein. Die Angebote werden durch die Familien mitgestaltet oder gestaltet und sind wohnortnah und damit leicht erreichbar.

In den regionalen Sozialräumen existieren Netzwerkgruppen der Kinder und Jugendhilfe, die mit Mitarbeitern des Jugendamtes, der Polizei, der Jugendsozialarbeit, Lehrern und zivilgesellschaftlichen Akteuren besetzt sind. Im Sozialraum Wittstock konnten damit seit vielen Jahren gute Fortschritte erzielt und die Dominanz Rechtsextremer in Jugendkultur und Stadtbild zurückgedrängt werden.

Auch in Kyritz, ebenso aktiv, beraten sich regelmäßig MitarbeiterInnen aus sozialen Einrichtungen und aus dem Personalkostenförderprogramm zu relevanten Themen im Kinder- und Jugendbereich. Durch die Vernetzung können Probleme, wie rechtsextremistische Tendenzen in Schule und Freizeit, schneller geortet und grundlegender gelöst werden. Auch die Schulen entsenden jeweils einen Lehrer in das Gremium. Aus dem Netzwerk entstand die jährliche Präventionswoche mit den Schulen.

Es besteht ein gemeinsamer Konsens darüber, dass sich die Jugendarbeit in den nächsten Jahren inhaltlich, strukturell u. personell den sich weiter rasant veränderten Bedingungen anpassen muss. Einer Jugendhilfestruktur muss eine hohe Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit abverlangt werden, wenn sie dauerhaft gute Angebote und Leistungen für Kinder und Jugendliche sowie für ihre Familien erbringen will und bedarf kooperativer Partner im Gemeinwesen.

Die Weiterentwicklung der bereits vorhandenen ressourcenorientierten, infrastrukturellen und sozialräumlichen Handlungsansätze steht im Vordergrund. Die verbindliche Zusammenarbeit der Sozialpädagogen in der offenen Jugendarbeit u. –sozialarbeit und aller, die mit dem Kind bzw. dem Jugendlichen und seiner Familie im jeweiligen Sozialraum befasst sind, ist weiter auszubauen. Dazu gehört die Kooperation mit den Kommunen, dem Gesundheitsamt, der Po-

lizei, dem Amt für soziale Leistungen, mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst, mit Schulen, KITA's, Sportvereinen, Jugendfeuerwehren, u.a. Angebotsträgern.

Für den gesamten Bereich der Jugendförderung gilt: Da dabei einzelne Anstrengungen im Landkreis, wie z.B. von Freien Trägern, der Schulen oder der Polizei auch hier nicht allein betrachtet zum Erfolg führen werden, wird es künftig noch weitaus notwendiger sein, nicht nur gute einzelne Angebote im Sinne einer Best Practice für den ganzen Landkreis zu verallgemeinern, sondern auch einzelne Arbeitsfelder zu verknüpfen, um zu einer spürbar größeren Wirkung zu gelangen. Hierfür wird der 3. Präventionstag des Landkreises als Plattform für einen strukturierten Erfahrungsaustausch dann im Jahr 2008 die richtige Plattform sein.

Vorhandene Konzepte der Wirtschaft gegen Rechtsextremismus

Wird in der Fortschreibung berücksichtigt.

Lokale Netzwerke und deren konzeptionelle Ansätze

In **Wittstock** stehen momentan der systematische Aufbau und die präventive Stärkung der nachbarschaftlichen Netze im Vordergrund. Das Bündnis für Familie ist ein Zusammenschluss verschiedener gesellschaftlicher Gruppen in Wittstock mit dem Ziel, die Lebensbedingungen für Familien vor Ort durch konkrete Projekte zu verbessern. Dadurch wird die Attraktivität der Stadt für Familien und Unternehmen gestärkt. In einem herausgegebenen Fragebogen haben die Interessenten u.a. folgende Themenschwerpunkte angekreuzt: Flexible Kinderbetreuung, Familienfreundlichkeit, familienfreundliches Umfeld, gesunde Ernährung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Elternarbeit-Unterstützung in schwierigen Erziehungsphasen, Generationsübergreifende Zusammenarbeit, aktive sportliche Betätigung in der Freizeit. Diese stehen im zu gründenden Bündnis für Familie im Fokus. Es ist geplant sie in Arbeitsgruppen vor Ort umzusetzen.

Das Bürgerbündnis **Wittstock** gegen Rechtsradikalismus ist seit vielen Jahren kontinuierlich aktiv und hat sich zum Ziel gesetzt, die Zivilgesellschaft in der Region Wittstock zu stärken und rechtsextreme Strömungen zurückzudrängen. Dabei hat sich eine gute Zusammenarbeit mit Polizei, Verwaltung und Gedenkstätte Belower Wald entwickelt.

Neuruppin ist seit Jahren im Bereich Städtebau Partner im Programm „Soziale Stadt“. Das Programm hat wichtige Impulse und Verbesserungen im Wohnumfeld problematischer Neubausiedlungen, z.B. in punkto Sicherheit, erbracht.

Am 14. Juni 07 riefen 20 Gründungsmitglieder im Ratssaal der Stadtverwaltung das lokale Bündnis für Familie "Familienfreundliches Neuruppin" ins Leben. Unter der Schirmherrschaft des Bürgermeisters Jens-Peter Golde will das Bündnis alle Kräfte, die bereits etwas für Familien in Neuruppin leisten, bündeln, neue Ideen entwickeln und diese dann auch umsetzen.

Es gibt schon seit Jahren zur Förderung demokratischer Teilhabe einen Jugend-, einen Senioren- und einen Frauenbeirat. In Stadtentwicklungshinsicht hat sich der Arbeitskreis Südstadt und Soziale Stadt gebildet, um die Wohnumfeldverbesserungen zu initiieren. Andere Gremien und Präventionsteams sind die Sozial AG, Sozialraumteam Neubaugebiet und die mobile Jugendarbeit.

Am 05.10.2006 wurde das Lokale Bündnis für Familien in **Kyritz** gegründet. Auf dieser Veranstaltung wurde anhand von Fragebögen ermittelt, welche Angebote die Anwesenden bereits

zur Familienfreundlichkeit beitragen und wie sie sich ihre Mitarbeit beim Bündnis vorstellen könnten.

Rheinsberg hat neben der Verknüpfung präventiver Aktivitäten im Rahmen der Arbeit des örtlichen Präventionsrates unter Leitung des Bürgermeisters zwei Zukunftskonferenzen organisiert, zu denen zivilgesellschaftliche Akteure geladen waren, gemeinsam die Lage zu analysieren und Projekte zu entwickeln. Eine dritte Konferenz ist in Planung. Schon initiierte Projekte: Stadtzeitung, Mittagstisch, AG Kinderspielplatz, AG Schulstandort, AG Rad- und Geschichtswege, AG Mobilität in der Region (Rufbussystem), AG Bürger nahe Politik, AG Briefkontakt zu ehemaligen Einwohnern, Kulturtipi.

Weitere Lokale Netzwerke sind zum einen die beiden Rheinsberger Eltern-Kind-Zentren: RekiZ der IJN sowie TreffFa vom Trägerverbund DRK, AWO und VS, als auch das Haus der Begegnung, die AG Familienbildung, Betreutes Wohnen und eine Stadtbibliothek.

Es konnte auch eine vielbeachtete Ausstellung des Verfassungsschutzes zum Thema Rechtsextremismus in den Schulen gezeigt werden.

In **Temnitz** wurde eine AG zur Erhaltung der Jugendarbeit eingerichtet, unter Leitung von zwei Koordinatoren. Im Ortsteil Rohrlack wurden Künstler von Rechten schikaniert. Mit Hilfe des Rohrlackkreises, einer vor Ort agierenden Gruppe, konnten die Vorkommnisse thematisiert werden und Menschen dazu gebracht werden, sich stärker politisch zu engagieren.

Momentan versucht das Amt eine Arbeitsgruppe für Jugendarbeit aufzubauen – und dabei künftig noch mehr engagierte BürgerInnen miteinzubeziehen. Das Amt hat sich Beratung von außen geholt. Zur Lösung der Probleme kooperiert das Amt mit Präventionsrat, ESTA e.V., MBT, IJN, Feuerwehr, Sportvereine, Gemeindevertretung und Parteien.

¹ vgl. Stöss, Richard, Niedermayer, Oskar, Rechtsextreme Einstellungen in Brandenburg, in Schoeps, Julius H., Botsch, Gideon, Kopke, Christoph, Lars, Rensmann (Hg.) Rechtsextremismus in Brandenburg, Handbuch für Analyse, Prävention und Intervention, Verlag für Berlin-Brandenburg, 1. Auflage, Berlin 2007, S. 55

² vgl. Hülsemann, Wolfram in: Neue Erscheinungsformen und Strategien der Rechtsextremen und Auswirkungen auf die Kommunalpolitik, Dokumentation zum Fachtag am 2. November 2004 in Neuruppin, S. 32

³ vgl. Stöss, Richard, Niedermayer, Oskar, in Rechtsextremismus in Brandenburg, S. 55 - 56

⁴ vgl. Bericht zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen für den Landkreis.

⁵ Schlamann, Gabriele, Handlungsfelder und Aktionsformen der extremen Rechten, in Rechtsextremismus in Brandenburg, S. 108